

Kreiswahlprogrammmentwurf 2026 – Gemeinsam Zukunft gestalten.

Präambel

Der Odenwaldkreis steht vor großen Herausforderungen: Klimawandel, Artensterben, Energiewende, marode oder gänzlich fehlende Infrastruktur, soziale Gerechtigkeit, die Sicherung von Bildung und Teilhabe für alle Generationen und vieles mehr. Wir GRÜNE wollen diese Aufgaben entschlossen anpacken – mit klaren Zielen, verbindlichen Maßnahmen und einer Politik, die ökologische Verantwortung, soziale Fairness und wirtschaftliche Vernunft vereint.

Wir setzen auf eine nachhaltige Entwicklung, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt, unseren Beitrag zum Klimaschutz konsequent voranbringt und die Energiewende lokal gestaltet. Wir wollen Mobilität klimafreundlich bezahlbar und verlässlich machen, Bildung und Betreuung zukunftsfähig ausbauen und eine Infrastruktur schaffen, die Kinder, Jugendliche, Senior*innen und Familien stärkt.

1

Unsere Politik steht für Transparenz, Beteiligung und Verlässlichkeit. Wir fördern Vielfalt und Inklusion, bekämpfen Gewalt, politischen Extremismus und Diskriminierung und schaffen Räume für Begegnung und Engagement. Wir investieren in moderne Schulen, sichere Wege, digitale Chancen und eine starke Kultur des Miteinanders.

Unser Ziel: Ein Odenwaldkreis, der ökologisch, sozial und wirtschaftlich zukunftsfähig ist – lebenswert für alle Menschen, heute und morgen.

Inhaltsverzeichnis

1. Naturschutz und Klimaanpassung – Verantwortung für unsere Zukunft	S. 3
2. Mobilität für alle – klimafreundlich und zukunftsfähig	S. 5
3. Klimaschutz konsequent voranbringen – Jetzt handeln für morgen	S. 6
4. Energiewende auf Kreisebene gestalten	S. 8
5. Regionalplan Südhessen – Für eine nachhaltige Entwicklung des Odenwaldkreises	S. 10
6. Umsetzung der Istanbul-Konvention im Odenwaldkreis – Schutz und Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen stärken	S. 12
7. Odenwälder Schullandschaft erhalten – Bildung und Teilhabe garantieren	S. 14
8. Integration 2026 – Ein weltoffener und solidarischer Odenwaldkreis	S. 16
9. Inklusion 2026 – Selbstbestimmt leben im Odenwaldkreis	S. 18
10. Gutes, bezahlbares und adäquates Wohnen im Odenwaldkreis	S. 19
11. Moderne und wohnortnahe Gesundheitsversorgung im Odenwaldkreis	S. 20
12. Aktiv und selbstbestimmt im Alter	S. 22
12. Schlusswort	S. 23

1. Kapitel

Naturschutz und Klimaanpassung – Verantwortung für unsere Zukunft.

Der Schutz von Umwelt und Natur ist heute wichtiger denn je. Wir müssen nicht nur die Artenvielfalt bewahren, sondern auch Strategien zur Anpassung an den Klimawandel umsetzen. Deshalb fordern wir Aktionspläne und deren kontinuierliche Aktualisierung für Klimaschutz und Klimaanpassung auf Kreis- und Gemeindeebene sowie deren schrittweise Umsetzung mit konkreten Maßnahmen, um unsere Region zukunftsfähig zu machen. Ein zentraler Baustein ist die Renaturierung, um Lebensräume zurückzugewinnen und die Artenvielfalt aus der Krise zu holen. Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung des europaweit beschlossenen Renaturierungsgesetzes ein – Blockaden dürfen den Fortschritt nicht länger verhindern.

Mit der Gründung des **Landschaftspflegeverbands** Odenwaldkreis e.V. begrüßen wir eine zentrale Plattform für Natur- und Umweltschutz. Unser Ziel ist die Zusammenarbeit von Landwirt*innen, Naturschützer*innen, Kommunen und Bürgerinnen und Bürgern, um Kulturlandschaften zu erhalten und bedrohte Lebensräume zu schützen sowie regionale Ökosysteme zu stärken.

Die personelle Ausstattung der **Unteren Naturschutzbehörde** hat sich verbessert – das ist gut, aber nicht genug. Wir fordern mehr Eigeninitiative für Projekte wie neue Naturschutzgebiete, Naturdenkmale und die Wiedervernässung von Mooren. Aktiver Schutz bedeutet auch, Uferstrandstreifen zu sichern und Flächen in Biberrevieren zu erhalten.

Die biologische Vielfalt schwindet dramatisch. Wir müssen jetzt handeln: durch Förderung ökologischer Landwirtschaft, Schutz und Wiedervernässung von Mooren, Erhalt von Wegrandstreifen und Streuobstbeständen sowie die Anlage von Blühstreifen auf kreiseigenen Flächen. Der Schutz von Amphibienbiotopen, die Reduzierung von Lichtverschmutzung, ein Runder Tisch für Artenvielfalt und ein klarer Stopp für Schottergärten sind weitere wichtige Schritte vor Ort.

Auch **Wasser und Boden** verdienen besonderen Schutz. Wir fordern naturnahe Gewässer und mehr Mittel für die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Klimaanpassung bedeutet Hitzeaktionspläne für alle Kommunen, wobei dem Odenwaldkreis eine wichtige Unterstützungs- und Koordinationsfunktion

Kreiswahlprogrammmentwurf 2026 – Gemeinsam Zukunft gestalten.

zukommt. Weitere Maßnahmen beinhalten den Hochwasserschutz und Dürreprävention: Zisternen fördern, Flächen entsiegeln, Dach- und Fassadenbegrünung sowie die Begrünung von Hitzeinseln.

Um **Lichtverschmutzung** zu reduzieren, wollen wir einen Sternenpark Odenwald nach dem Vorbild der Rhön schaffen – für klare Nächte und den Schutz der Natur. Im Wald setzen wir auf ökologisches statt ökonomischen Managements. Die geplante Neufassung der Naturschutzleitlinie bei Hessen Forst lehnen wir ab, da sie auch im Odenwaldkreis negative Folgen hätte: Keine Freigabe von 440.000 Habitatbäumen zum Einschlag, keine Kahlschläge in europäischen Schutzgebieten. Naturwälder müssen nutzungsfrei bleiben.

Tierschutz ist für uns GRÜNE ein zentrales Thema. Wir wollen den Odenwaldkreis zur Vorreiterregion machen – mit klaren Strukturen, innovativen Konzepten und einem respektvollen Umgang mit Tier und Natur. Dazu gehört die Einrichtung einer*s Kreistierschutzbeauftragten, die/der als kompetente*r Ansprechpartner*in für alle Fragen rund um den Tierschutz fungiert. Außerdem wollen wir einen Tierschutzbeirat für den Odenwaldkreis ins Leben rufen, der als Plattform für den Austausch zwischen aktiven Tierschützer*innen und der Politik dient – nach dem Vorbild des Naturschutzbeirates. Dieser Beirat soll die Koordinierung des freiwilligen Wildtierschutzes und die Unterstützung von Auffangstationen übernehmen, denn hier droht aktuell vieles wegzubrechen. Gleichzeitig wollen wir den Tierschutz durch Dialog und Vertrauensaufbau mit Tierhalter*innen verbessern, um zu praxisnahen Lösungen zu kommen. Unser Ziel ist es, die Anliegen aktiver Tierschützer*innen und Tierschutzorganisationen mit GRÜNER Kommunalpolitik zu verbinden und gemeinsam wirksame Maßnahmen umzusetzen.

Beim Umgang mit Wildtieren setzen wir auf vollständige Finanzierung des Herdenschutzes durch das Land, auf gute Zäune und Herdenschutzhundehunde statt Symbolpolitik. Abschüsse als Ersatz für Herdenschutz lehnen wir ab. Der Wolf bleibt Teil unserer Natur und war lange vor uns Menschen im Odenwald – wir übernehmen Verantwortung! Wir GRÜNE wollen die politische Kraft sein, die Tierschutz kompetent und innovativ besetzt.

2. Kapitel

Mobilität für alle – klimafreundlich und zukunftsfähig.

Wir wollen den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Odenwaldkreis zu einer echten Alternative machen – ganz besonders auf dem Land. Alltagswege müssen überall in unserem Kreis ohne Auto möglich sein: klimafreundlich, bezahlbar und barrierefrei. Dafür setzen wir auf den Ausbau und die Modernisierung des ÖPNV. Mehr Busverbindungen, zusätzliche Ost-West Querverbindungen und Schnellbusse sollen die Erreichbarkeit verbessern. Intelligente Angebote wie bedarfsgerecht fahrende Kleinbusse ergänzen den Linienverkehr. Bestehende Angebote wie „Garantiert mobil“ müssen bekannter gemacht, ausgebaut und mit Elementen wie Carsharing integriert werden. Die Odenwaldbahn benötigt zusätzliche zweigleisige Abschnitte, um schnellere und zuverlässigere Verbindungen in Richtung Darmstadt, Hanau und Eberbach zu gewährleisten. Der Einsatz elektrischer Antriebstechnologien trägt zudem zur Erreichung der Klimaneutralität bei. Attraktive Bahnhöfe und Haltestellen sollen sauber, sicher und barrierefrei sein. Damit all das gelingt, müssen Kommunen ausreichend Mittel erhalten – wir setzen uns im Kreis sowie auf Landes- und Bundesebene für eine gesicherte Finanzierung ein.

Radfahren ist sowohl Freizeitbetätigung und somit wichtig für den sanften Tourismus in unserem Kreis, und muss gleichzeitig für die Odenwälder*innen im Alltag funktionieren. Wir fordern bequeme und sichere Fahrradwege für alle, sichere Straßenübergänge und gute Abstellmöglichkeiten. Die Umsetzung des Odenwälder Radverkehrskonzepts muss deutlich beschleunigt und auch vom Odenwaldkreis mit den notwendigen Mitteln untermauert werden. Für eine verlässliche Finanzierung braucht es mindestens eine Million Euro jährlich für den Kreis sowie für Städte und Gemeinden.

Auch **E-Mobilität und Carsharing** wollen wir fördern. Dazu gehört der Ausbau einer Schnellladeinfrastruktur auf Basis eines kreisweiten Konzepts und die Nutzung von entsprechenden Fördermitteln aus Land und Bund. Carsharing-Angebote sollen auch auf dem Land verfügbar sein – Kreis und Kommunen müssen Anbieter aktiv unterstützen.

Beim Straßenbau gilt: Erhalt statt Ausbau. Die Erhaltung der Infrastruktur hat Vorrang, damit Fälle wie die Zeller Brücke sich nicht wiederholen. Wir lehnen Straßen-Ausbauprojekte wie den vierspurigen Ausbau der B45 bei Groß-Umstadt

Kreiswahlprogrammmentwurf 2026 – Gemeinsam Zukunft gestalten.

ab, da mehr Straßen nachweislich nicht zu weniger Stau führen. Stattdessen setzen wir auf intelligente Kreuzungen und klimafreundliche Alternativen: Bahn, Bus und Fahrrad haben Vorrang vor mehr Asphalt.

3. Kapitel Klimaschutz konsequent voranbringen – Jetzt handeln für morgen.

Das Klimaschutzkonzept des Odenwaldkreises stammt aus dem Jahr 2013. Viele der darin vorgesehenen Maßnahmen wurden bislang nicht umgesetzt. Der European Energy Award (EEA), auf den zuletzt gesetzt wurde, wird eingestellt, da die Förderung ausgelaufen ist – das wurde im Oktober 2025 im Ausschuss für Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bekanntgegeben. Der EEA war ein Qualitätsmanagement- und Zertifizierungssystem, an dem der Odenwaldkreis seit 2021 teilgenommen hat. Er definierte fünf zentrale Handlungsfelder für Klimaschutz und Energieeffizienz. Für umgesetzte Maßnahmen gab es Punkte: Bei Erreichen von 50 % der möglichen Punktzahl wurde der European Energy Award verliehen, bei 75 % gab es den EEA in Gold. In Deutschland gibt es den Award seit 2003, mehr als 320 Kommunen und Landkreise nehmen teil, viele davon sind ausgezeichnet. Der Odenwaldkreis liegt mit zuletzt 30,6 % Zielerreichung jedoch deutlich unter der Schwelle für eine Zertifizierung.

Rückblick und aktuelle Entwicklungen:

Im Sommer 2023 stellte unsere Fraktion eine Anfrage zur Zielerreichung und Fortschreibung des Klimaschutzkonzepts. Die Antwort der Kreisverwaltung im November 2023 machte deutlich: Das ursprüngliche Ziel einer 100 % erneuerbaren Wärme- und Stromversorgung bis 2030 wird aufgegeben. Stattdessen wird nun das Jahr 2045 als Zielmarke für Treibhausgasneutralität genannt. Die Verwaltung teilte mit, sie habe eine Rückmeldung zur Förderfähigkeit eines aktualisierten Klimaschutzkonzepts erhalten. Die nächsten Schritte sollten eingeleitet und dem Kreistag zur Beratung vorgelegt werden. Doch seitdem ist kein Fortschritt erkennbar. In der Septembersitzung 2024 haben wir die Forderung nach einer Erneuerung erneut bekräftigt. Der Landrat begrüßte dies, verwies aber auf fehlende Fördermittel. Eine Förderung sei aktuell nur für ein sogenanntes „Vorreiterkonzept“ möglich. Daher konzentrierte sich die Verwaltung weiter auf den EEA – ohne feste Zeitvorgaben. Für uns GRÜNE steht fest: Klimaschutz darf sich nicht auf freiwillige Rankings und vage Absichtserklärungen der Kreisverwaltung stützen.

Kreiswahlprogrammmentwurf 2026 – Gemeinsam Zukunft gestalten.

Verbindlichkeit, Transparenz und fachliche Expertise sind entscheidend. Der EEA ist Geschichte – umso dringlicher ist ein neues, wirksames Konzept!

Der Odenwaldkreis ist seit dem 24. November 2016 Mitglied im Netzwerk „Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen“. Mit der Unterzeichnung der Charta wurde der Kreis Teil eines landesweiten Bündnisses, dem inzwischen 408 hessische Kommunen angehören. Mitglieder profitieren von höheren Förderquoten für Klimaschutz- und Anpassungsprojekte. Seit dem 01.07.2025 gelten neue Regeln: Der Basisfördersatz der Hessischen Klimarichtlinie für den Klimaschutz vor Ort beträgt 40 %, Mitglieder des Netzwerks erhalten zusätzlich einen Klima-Kommunen-Zuschlag von 20 %, also insgesamt 60 % Förderung. In einer Übergangsfrist bis zum 31.12.2026 sind sogar bis zu 75 % Förderung möglich – vorausgesetzt, die Mitgliedschaftsanforderungen werden erfüllt. Eine dieser Anforderungen ist die regelmäßige Fortschreibung des Aktionsplans – mindestens alle zehn Jahre. Das Klimaschutzkonzept des Odenwaldkreises ist 2026 13 Jahre alt. Eine Aktualisierung ist also nicht nur klimapolitisch geboten, sondern auch formale Voraussetzung, um weiterhin von den Fördermöglichkeiten des Landes zu profitieren.

Unsere Forderungen:

7

Wir fordern die Erstellung eines Aktionsplans zu Klimaschutz und Klimawandelanpassung, in dem der Odenwaldkreis darlegt, wie er sein Ziel der Klimaneutralität bis 2045 in allen Sektoren erreichen will. Außerdem muss der Kreis die vielfältigen Möglichkeiten des Netzwerks „Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen“ künftig deutlich intensiver nutzen, um beim Klimaschutz spürbar voranzukommen. Neben finanziellen Förderungen bietet das Netzwerk zahlreiche weitere Unterstützungsangebote, die bislang nur unzureichend ausgeschöpft wurden: fachliche Beratung und Begleitung bei der Entwicklung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, Vernetzung und Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen über Best-Practice-Beispiele und innovative Projekte, Informations- und Weiterbildungsangebote für Verwaltung und politische Entscheidungsträger*innen, Öffentlichkeitsarbeit und Sichtbarkeit durch Präsentation eigener Projekte auf Landesebene, Werkzeuge und Materialien wie Bilanzierungs-Tools, Leitfäden und Handlungsempfehlungen sowie Zugang zu Pilotprojekten und Modellvorhaben, etwa zu neuen Technologien oder Förderinstrumenten. Diese Angebote sind ein zentraler Hebel für eine wirksame und strategisch fundierte Klimapolitik im Odenwaldkreis. Ihre konsequente Nutzung muss künftig fester Bestandteil der Klimaschutzstrategie des Kreises sein.

Kreiswahlprogrammmentwurf 2026 – Gemeinsam Zukunft gestalten.

Warum ein Klimaschutzbeirat notwendig ist:

Unser Antrag zur Einrichtung eines Klimaschutzbeirats wurde bisher unter Verweis auf die Teilnahme am EEA abgelehnt. Stattdessen beschloss der Kreistag am 30.01.2023, den Ausschuss für Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu beauftragen, sich mindestens einmal pro Quartal über die Fortschritte in den Handlungsfeldern des EEA zu informieren und konkrete nächste Schritte zu erarbeiten, um die Klimaziele bis 2030 zu erreichen. Im Jahr 2022 tagte der Ausschuss lediglich einmal. Der Beschluss vom 30.01.2023 wurde von uns GRÜNEN insofern als kleiner Erfolg gewertet – vorausgesetzt, es käme künftig zu mindestens vier Sitzungen jährlich. Tatsächlich ist der Ausschuss in den Jahren 2024 und 2025 jeweils nur zweimal zusammengekommen. Da der EEA inzwischen eingestellt wurde, ist für uns GRÜNE der Zeitpunkt gekommen, unsere Forderung nach einem Klimaschutzbeirat zu erneuern.

Wir fordern Transparenz und Kontrolle: mindestens jährliche öffentliche Berichterstattung über den Fortschritt auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2045 sowie die Einrichtung eines unabhängigen Klimaschutzbeirats mit Vertreter*innen aus Politik, Wirtschaft, Umwelt, Landwirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

8

4. Kapitel

Energiewende auf Kreisebene gestalten

Die Energiewende ist eine zentrale Zukunftsaufgabe. Wir wollen den Odenwaldkreis zum Vorreiter machen – mit einer Solaroffensive, Bürger*innenbeteiligung und innovativen Konzepten. Unser Ziel ist es, den Ausbau erneuerbarer Energien konsequent voranzutreiben und dabei Wirtschaftlichkeit, Klimaschutz und Bildung miteinander zu verbinden.

Ein Schwerpunkt liegt auf einer **Photovoltaik-Offensive**: Solaranlagen sollen auf Schulen und Verwaltungsgebäuden installiert werden, ergänzt durch Förderprogramme für private Dächer. Gleichzeitig setzen wir auf Bürger*innenbeteiligung – Wind- und Solarprojekte sollen gemeinsam mit Energiegenossenschaften umgesetzt werden, um die Energiewende lokal und demokratisch zu gestalten. Darüber hinaus wollen wir innovative Modelle einführen, wie das Strombilanzkreismodell nach dem Vorbild des Main-Taunus-Kreises. Dieses Modell zeigt, wie Klimaschutz wirtschaftlich und pädagogisch sinnvoll umgesetzt werden kann: Überschüssiger Ökostrom aus Photovoltaikanlagen und

Kreiswahlprogrammmentwurf 2026 – Gemeinsam Zukunft gestalten.

Blockheizkraftwerken wird bilanziell an andere kreiseigene Liegenschaften weitergegeben, statt ins Netz eingespeist zu werden. Das Ergebnis sind deutliche Einsparungen bei den Stromkosten, die wiederum in neue Anlagen reinvestiert werden. Schulen werden zu Lernorten der Energiewende – mit Energierundgängen und digitalen Anzeigetafeln, die den Energieverbrauch transparent machen. Der „Main-Taunus-Strom-Kreis“ wurde mehrfach ausgezeichnet und gilt inzwischen als Vorbild für Kommunen in ganz Deutschland. So wird Klimaschutz zum wirtschaftlichen Erfolgsmodell: lokal, dezentral und mit breiter Beteiligung. Der Odenwaldkreis kann von diesen Erfahrungen profitieren und eigene Wege gehen, um die Energiewende aktiv zu gestalten.

Unsere Fraktion hat bereits 2021 mit ihrem Antrag ‚SolarOffensive‘ die Diskussion über den Ausbau der Solarenergie im Odenwaldkreis angestoßen und konkrete Vorschläge in Kreistag und Umweltausschuss eingebracht. Auch wenn der Antrag damals nicht beschlossen wurde, hat er wichtige Impulse für die politische Debatte gesetzt. Wir forderten damals unter anderem die Ausrichtung eines jährlichen „Solartages“ mit einer Solarmesse, Fachvorträgen und Infoständen, um Bürger*innen, Verwaltung, Initiativen und Unternehmen besser zu vernetzen und den Informationsfluss zu stärken. Außerdem sollte das Beratungsangebot für Kommunen und Bürger*innen ausgebaut und Fördermittel aus der Klimarichtlinie des Landes Hessen genutzt werden. Wir wollten den Ausbau von Solaranlagen auf Dächern und Konversionsflächen ebenso vorantreiben wie die Nutzung kleinerer Anlagen, etwa Balkonkraftwerke. Darüber hinaus schlugen wir den Beitritt zum bundesweiten „Wattbewerb“ vor, um den Odenwaldkreis sichtbar in der Energiewende zu positionieren, und setzten uns für den Abbau bürokratischer Hemmnisse ein.

Diese Forderungen sind aktueller denn je. Der Wattbewerb, den wir bereits 2021 ins Spiel gebracht haben, ist heute ein bundesweiter Wettbewerb mit fast 500 teilnehmenden Städten und Gemeinden. Er motiviert Kommunen, ihre installierte Photovoltaik-Leistung zu verdoppeln und schafft durch Rankings und regelmäßige Quartals-Challenges Kommunikationsanlässe, an denen sich in den vergangenen Jahren auch Landkreise beteiligen konnten. Die Teilnahme ist kostenlos und jederzeit möglich. Da sich der Wettbewerb an Städte und Gemeinden richtet, sehen wir die Rolle des Odenwaldkreises als Koordinator und Unterstützer: Wir wollen unsere Städte und Gemeinden aktiv zur Teilnahme ermutigen, sie bei der Umsetzung beraten und die Vernetzung fördern. Ein wichtiges Instrument dafür ist das seit Mai 2025 verfügbare Landkreis-Dashboard des Wattbewerbs, das für alle 294 Landkreise den Zubau von Photovoltaik und Speichern transparent darstellt. Die

Kreiswahlprogrammmentwurf 2026 – Gemeinsam Zukunft gestalten.

Daten stammen aus dem Marktstammdatenregister der Bundesnetzagentur und werden wöchentlich aktualisiert. Damit können wir den Fortschritt im Odenwaldkreis sichtbar machen, gezielt steuern und die Energiewende auf Kreisebene beschleunigen.

Wir greifen unsere damaligen Forderungen auf, erweitern sie um neue Konzepte wie das Strombilanzkreismodell und setzen uns dafür ein, dass der Odenwaldkreis endlich konsequent handelt. Gemeinsam mit Bürger*innen, Kommunen und Unternehmen wollen wir die Energiewende lokal gestalten und den Odenwaldkreis zum Vorreiter machen.

5. Kapitel

Regionalplan Südhessen – Für eine nachhaltige Entwicklung des Odenwaldkreises.

Die Neuaufstellung des Regionalplans Südhessen ist ein zentraler Baustein für die künftige räumliche Entwicklung unserer Region. Der Plan entscheidet darüber, wo wir wohnen, wie wir uns fortbewegen, wo Gewerbe entstehen darf und wie wir unsere Natur- und Kulturlandschaften schützen. Für den Odenwaldkreis, der stark ländlich geprägt ist, hat diese Planung eine herausragende Bedeutung.

Die GRÜNEN in der Regionalversammlung Südhessen (RVS) unterstützen den neuen Regionalplanentwurf ausdrücklich. Er ist das Ergebnis eines jahrelangen, fachlich fundierten und breit abgestimmten Prozesses, der bereits 2016 begonnen hat. Wir GRÜNE im Odenwaldkreis teilen diese klare Haltung: Entwicklung und Klimaschutz gehören zusammen! Fortschritt kann nur gelingen, wenn er ökologische Grenzen respektiert und die Lebensqualität langfristig sichert. Der Regionalplanentwurf setzt dafür die richtigen Leitplanken. Er zeigt, wie eine moderne Siedlungsentwicklung, eine zukunftsfähige Mobilität, eine verlässliche Energieversorgung und ein wirksamer Freiraumschutz gemeinsam gedacht werden können – so, dass auch kommende Generationen im Odenwald gut leben können.

Dass der Regionalplan ein gemeinsames Projekt der gesamten Region ist, zeigt die breite Mehrheit von CDU, SPD, GRÜNEN und LINKEN, mit der die Offenlage des Entwurfs am 4. Juli 2025 in der Regionalversammlung beschlossen wurde – ein deutliches Zeichen dafür, dass der neue Regionalplan weit über parteipolitische

Kreiswahlprogrammmentwurf 2026 – Gemeinsam Zukunft gestalten.

Grenzen hinaus Unterstützung findet und eine tragfähige Grundlage für die kommenden Jahrzehnte bietet.

Der Regionalplan befindet sich aktuell in einem mehrjährigen Verfahren. Nach der Offenlage im Herbst 2025 werden derzeit alle eingegangenen Stellungnahmen ausgewertet und in den Plan eingearbeitet. Erst danach folgen die erneuten Beratungen in den Ausschüssen der Regionalversammlung, bevor ein finaler Beschluss gefasst werden kann. Mit einem rechtskräftigen Regionalplan ist daher voraussichtlich erst 2028 zu rechnen. Bis dahin gilt weiterhin der bisherige Regionalplan von 2010.

Für den Odenwaldkreis eröffnet der Regionalplan besondere Chancen. Der Entwurf setzt klare Grenzen gegen unkontrollierten Flächenverbrauch und stärkt die Entwicklung unserer Ortskerne. Ein Fokus auf Innenentwicklung und die Belebung vorhandener Strukturen sind nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern schafft auch lebendige Gemeinden und kurze Wege. Gleichzeitig sichert der Regionalplan wertvolle Freiräume: Wälder, Wiesen und unsere charakteristischen Kulturlandschaften, die den Odenwald ausmachen, wesentlich zur Lebensqualität beitragen und somit einen wichtigen Standortfaktor darstellen.

11

Auch für die Energiewende bietet der Regionalplan Orientierung. Auch im Odenwaldkreis wird sichtbar, dass erneuerbare Energien punktuell Konflikte auslösen können. Der Plan schafft hier klare und fachlich begründete Kriterien, die zu mehr Fairness und Planungssicherheit führen. Ebenso berücksichtigt die regionale Planung die besonderen Herausforderungen eines ländlichen Raums in der Mobilität. Durch die strategische Betrachtung regionaler Verkehrsachsen können bessere ÖPNV-Anbindungen und moderne Mobilitätsangebote entstehen, die den Alltag vieler Menschen erleichtern und klimafreundliche Alternativen stärken.

Schließlich schafft der Plan einen ausgewogenen Rahmen für die wirtschaftliche Entwicklung und für das Wohnen im Odenwaldkreis. Er ermöglicht passgenaue Gewerbeflächen, ohne Natur und Landschaft übermäßig zu belasten, und sorgt für eine verlässliche Grundlage kommunaler Planungen.

Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass die Interessen des Odenwaldkreises aktiv und wirkungsvoll in die Weiterentwicklung des Regionalplans einfließen. Dazu gehören der konsequente Schutz unserer Natur, eine faire Energiepolitik, die sowohl Gemeinden als auch dem Klima nutzt, eine wohnortnahe Versorgung im

Kreiswahlprogrammmentwurf 2026 – Gemeinsam Zukunft gestalten.

ländlichen Raum, klimafreundliche Mobilität sowie eine nachhaltige und regionale Wirtschaftsstruktur.

Gute Regionalplanung entsteht im Zusammenspiel von Kommunen, Bürger*innen, Fachbehörden und Politik. Deshalb streben wir einen transparenten, sachlichen und beteiligungsorientierten Prozess an – im Odenwaldkreis und in ganz Südhessen. Nur so kann ein Regionalplan entstehen, der unserer Region gerecht wird und eine lebenswerte Zukunft für alle schafft.

6. Kapitel

Umsetzung der Istanbul-Konvention im Odenwaldkreis – Schutz und Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen stärken!

Die Istanbul-Konvention ist ein völkerrechtlicher Vertrag des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Nach der Ratifizierung im Jahr 2017 ist sie am 1. Februar 2018 in Deutschland als Bundesgesetz in Kraft getreten. Damit hat sich Deutschland verpflichtet, Gewalt gegen Frauen auf allen staatlichen Ebenen zu verhüten, zu bekämpfen und den Opfern Schutz und Hilfe zu gewähren. Die Konvention verfolgt einen ganzheitlichen und koordinierten Politikansatz und stellt klar: Unzureichende tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter begünstigt strukturelle Gewalt gegen Frauen. Ihre zentralen Verpflichtungen sind der Schutz und die Hilfe bei Gewaltbetroffenheit, die konsequente Verfolgung und Sanktionierung von Gewalt sowie die Schaffung öffentlichen Bewusstseins.

Bisherige Umsetzung im Odenwaldkreis:

2023 wurden Evaluationsbögen zum Umsetzungsstand der Istanbul-Konvention an über 130 Institutionen und Verwaltungen im Odenwaldkreis versendet. Da die Rücklaufquote zunächst unter 10 % lag, wurde die Erhebung 2024 durch persönliche Interviews ergänzt. Diese basierten auf einem standardisierten Fragebogen, um Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Die Auswertung war für Sommer 2024 vorgesehen, ist bisher aber nicht erfolgt. Die Ergebnisse sollten veröffentlicht werden und in einen Maßnahmenkatalog einfließen, der konkrete Schritte zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen festlegt.

Kreiswahlprogrammmentwurf 2026 – Gemeinsam Zukunft gestalten.

Unsere Forderungen:

Wir fordern die verbindliche Umsetzung der Istanbul-Konvention im Odenwaldkreis. Die bisherigen Erhebungen zeigen: Es besteht erheblicher Handlungsbedarf. Wir setzen uns für eine klare, strukturierte und öffentlich nachvollziehbare Umsetzung ein – im Einklang mit den rechtlichen Verpflichtungen der Konvention als Bundesgesetz. Die Ergebnisse der kreiseigenen Erhebung aus dem Jahr 2024 müssen endlich veröffentlicht und breit diskutiert werden, um gezielte Maßnahmen ableiten zu können. Wir unterstützen die Entwicklung eines konkreten Maßnahmenkatalogs zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen – gemeinsam mit Fachstellen, Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Dieser muss sich an den Standards der Istanbul-Konvention orientieren.

Die Rückmeldungen zeigen, dass viele kommunale Entscheidungsträger*innen kaum Kenntnisse zur Istanbul-Konvention haben. Wir fordern verpflichtende Schulungen für Bürgermeister*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen, um die Ausstrahlungswirkung der Konvention in der kommunalen Praxis zu verankern. Der Odenwaldkreis soll seine Erfahrungen aktiv in die Arbeit der Landeskoordinierungsstelle einbringen, die 2022 eingerichtet wurde, um landesweit wirksame Strukturen und Standards zu fördern. Außerdem müssen verlässliche Strukturen geschaffen werden: Die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten und der Stabsstelle „Chancengleichheit, Integration und Diversität“ muss dauerhaft gestärkt und personell abgesichert werden – auch bei längeren Abwesenheiten oder Personalwechseln. Nur so kann die kommunale Pflichtaufgabe der Gleichstellungsarbeit im Sinne der Istanbul-Konvention erfüllt werden.

Das Gewalthilfegesetz – Schutz und Beratung als Rechtsanspruch:

Gewalt gegen Frauen ist ein strukturelles und gesamtgesellschaftliches Problem – auch im Odenwaldkreis. Die Zahlen sind alarmierend: In Hessen wurden allein im Jahr 2024 über 11.800 Fälle häuslicher Gewalt registriert, 80,7 % der Opfer waren Frauen. Bundesweit wurde im Jahr 2023 fast jeden zweiten Tag eine Frau von ihrem (Ex-)Partner getötet. Diese Realität ist nicht hinnehmbar. Aktuell fehlen in Hessen rund 740 Frauenhausplätze, um die empfohlene Mindestversorgung zu erreichen. Das führt dazu, dass akut von Gewalt betroffene Frauen und Kinder auf der Suche nach Schutz aus Platzgründen abgewiesen werden müssen. Im Jahr 2023 betraf dies in Hessen fast 2.000 Anfragen.

Mit dem vom Bundesrat am 27. Februar 2025 verabschiedeten Gewalthilfegesetz wurde erstmals ein bundesweiter Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung für

Kreiswahlprogrammmentwurf 2026 – Gemeinsam Zukunft gestalten.

gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder gesetzlich verankert. Dieser Rechtsanspruch tritt ab dem 1. Januar 2032 in Kraft. Dafür erhalten die Länder vom Bund für die Jahre 2027 bis 2036 zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 2,6 Milliarden Euro.

Unsere Forderungen:

Wir fordern eine gesicherte und verlässliche Finanzierung des Hilfesystems bei häuslicher Gewalt. Die Verantwortung darf nicht auf einzelne Ebenen abgeschoben werden. Bund, Land, Kreise und Kommunen müssen gemeinsam sicherstellen, dass Schutz und Beratung für gewaltbetroffene Frauen und Kinder gewährleistet sind. Aktuelle Diskussionen über die zukünftige Rolle der Landkreise bei der Finanzierung zeigen, wie dringend eine klare und verbindliche Finanzierungsstrategie ist. Ein Rückzug einzelner Ebenen würde die gesamte Schutzstruktur gefährden und ist nicht akzeptabel.

Der Odenwaldkreis muss sich aktiv für eine faire Kostenverteilung starkmachen: eigene Mittel bereitstellen, Landesmittel einfordern und sich für eine gemeinsame Verantwortung aller Ebenen einsetzen. Nur so kann das Hilfesystem stabil bleiben.

Darüber hinaus müssen Prävention und Bildung gestärkt werden. Die Themen geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt gehören fest in lokale Bildungs- und Präventionsprogramme. Vereine, Netzwerke und Initiativen, die sich gegen Gewalt an Frauen engagieren, brauchen verlässliche Unterstützung – finanziell und strukturell. Außerdem fordern wir eine regelmäßige Berichterstattung im Kreistag über die Fortschritte bei der Umsetzung des Gewalthilfegesetzes.

7. Kapitel

Odenwälder Schullandschaft erhalten – Bildung und Teilhabe garantieren.

Ein starkes Bildungsangebot ist die Grundlage für die Zukunft unserer Kinder und Jugendliche und ein entscheidender Standortfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung des Odenwaldkreises. Nur durch die Sicherung und den Ausbau der regionalen Schullandschaft können wir die Chancen der nächsten Generation gewährleisten und die Attraktivität des Kreises stärken.

Kreiswahlprogrammmentwurf 2026 – Gemeinsam Zukunft gestalten.

Schulen als Orte des Lernens und Wohlfühlens:

Wir brauchen Schulen, in denen Schüler*innen und Lehrkräfte gerne lernen, lehren und sich wohlfühlen. Dazu gehören inklusive und barrierefreie Gebäude und Unterrichtsräume mit modernem Mobiliar, guter Akustik und zeitgemäßer digitaler Ausstattung. Die fortschrittliche Technik erfordert eine durchgängige professionelle Wartung und Betreuung, damit Lehrkräfte sich auf ihre pädagogischen Aufgaben konzentrieren können. Ganztagschulen sollen ein gesundes Verpflegungsangebot bereitstellen – nach den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) und mit Mindeststandards für biologische Qualität und Regionalität. Jedes Kind muss unabhängig vom Einkommen der Eltern Zugang zu einem gesunden Mittagessen haben. Für ein hochwertiges Ganztagsangebot ist die pädagogische Qualifikation des Personals unerlässlich. Zudem setzt sich der Odenwaldkreis für die verlässliche Finanzierung der Schulsozialarbeit ein.

Schulen als Teil der sozialen und natürlichen Umwelt:

Schulen sind integraler Bestandteil der sozialen und natürlichen Umwelt. Schulhöfe müssen entsiegelt und grüner gestaltet werden – mit Bewegungsmöglichkeiten, Trinkwasserspendern, Bäumen als Hitzeschutz und einladenden Sitzgruppen. Solche Schulhöfe fördern das soziale Miteinander, die motorische Entwicklung und tragen zum Klimaschutz bei. Klimaresilienz und energetische Sanierung der Schulgebäude über gesetzliche Mindeststandards hinaus sind zentrale Ziele. Beim Um- und Neubau müssen Hitzeschutz und Verschattung mitgedacht werden. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) soll somit auch durch die vom Odenwaldkreis bereitgestellte Infrastruktur systematisch gefördert werden.

Außerschulische Bildung für eine demokratische Gesellschaft:

Auch die **außerschulische Bildung** spielt eine zentrale Rolle für gesellschaftliche Teilhabe. Volkshochschulen und andere freie Bildungsträger müssen gestärkt werden – durch finanzielle Absicherung, Modernisierung, faire Bezahlung der Lehrkräfte und digitale Lernangebote, insbesondere für den ländlichen Raum. Ein breiter Zugang zu Grundbildung, Sprachkursen, politischer Bildung und Digitalisierungskompetenz für alle gesellschaftlichen Gruppen ist unverzichtbar.

8. Kapitel

Integration 2026 – Ein weltoffener und solidarischer Odenwaldkreis.

Migration ist seit vielen Jahrzehnten ein selbstverständlicher Bestandteil unserer Gesellschaft und prägt auch das Leben im Odenwaldkreis. Rund ein Viertel der heute im Odenwald lebenden Menschen haben eine Migrationsgeschichte. Menschen mit Migrationsgeschichte bringen neue Sprachen, Ideen, Erfahrungen und Perspektiven mit, bereichern damit unser kulturelles, gesellschaftliches und wirtschaftliches Zusammenleben und sind fester Bestandteil der Gemeinschaft. Für uns GRÜNE steht fest: Eine gelingende Integration ist kein Zufall. Sie entsteht dort, wo Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft gemeinsam daran arbeiten, dass alle Menschen – unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus oder Lebensgeschichte – faire Chancen und echte Teilhabe erhalten.

Integration verstehen wir als einen wechselseitigen Prozess, in dem alle Beteiligten Verantwortung tragen. Sie bedeutet nicht Anpassung im einseitigen Sinn, sondern gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens: in Bildung und Arbeit, im Gesundheitswesen, im Wohnen, in Kultur und Sport sowie im politischen Miteinander. Noch immer bestehen für viele Menschen Hürden, sei es aufgrund von Sprache, unübersichtlichen Verwaltungsabläufen oder fehlenden Beratungsangeboten. Unser Ziel ist es, diesen Barrieren aktiv entgegenzuwirken und Strukturen zu schaffen, die Menschen in ihrer Lebensrealität abholen und ihnen ermöglichen, ihr Potenzial voll zu entfalten.

Ein zentraler Schlüssel für Integration ist Sprache. Ohne Sprachkenntnisse bleibt gesellschaftliche Teilhabe oft erschwert. Deshalb ist es für uns von großer Bedeutung, dass im Odenwaldkreis ausreichend und vielfältige Sprachlernangebote vorhanden sind: von Integrationskursen des Bundes über berufsbegleitende Sprachkurse bis hin zu niedrigschwelligen Angeboten, die insbesondere Menschen unterstützen, die keinen Zugang zu regulären Kursen haben. Damit Sprachbildung unabhängig von Lebenssituation oder Aufenthaltsstatus möglich ist, setzen wir uns für eine flächendeckende und flexible Kursstruktur ein, die auch spezielle Bedarfe berücksichtigt – etwa Alphabetisierung, Kinderbetreuung während der Kurszeiten oder Angebote speziell für Frauen.

Kreiswahlprogrammmentwurf 2026 – Gemeinsam Zukunft gestalten.

Eine humane Flüchtlingspolitik beginnt vor Ort. Der Odenwaldkreis soll auch weiterhin ein Ort sein, an dem Geflüchtete willkommen geheißen werden und Schutz finden. Das bedeutet für uns, menschenwürdige Wohnbedingungen und möglichst eigene Wohnungen anzubieten, aber auch in Gemeinschaftsunterkünften Privatsphäre und Sicherheit zu gewährleisten. Die wichtige Arbeit von Ehrenamtlichen stärkt den Zusammenhalt und verdient Anerkennung, Verlässlichkeit und Unterstützung. Gleichzeitig ist es uns wichtig, erfolgreiche Integrationsprogramme langfristig zu sichern. Programme des Landes und des Bundes haben sich in vielen Bereichen bewährt; werden sie auf höherer Ebene nicht fortgesetzt, wollen wir im Odenwaldkreis prüfen, wie sie kommunal ergänzt oder weiterentwickelt werden können.

Integration gelingt auch nur dann, wenn Verwaltungsstrukturen Zugänge erleichtern. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Ausländerbehörde zu einer gut ausgestatteten, modernen, serviceorientierten und willkommen heißen Dienstleistungsstelle weiterzuentwickeln. Bestehende Prozesse sollen verständlicher, leichter und digital zugänglich sein, und die Mitarbeiter*innen sollen durch kontinuierliche interkulturelle Fortbildungen unterstützt werden. Migrant*innenorganisationen müssen stärker in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden, um ihre Perspektiven sichtbar zu machen und ihre Expertise zu nutzen. Ein Ausländer*innenbeirat auf Kreisebene sehen wir hierfür als wichtigen Schritt.

Als GRÜNE treten wir im Sinne des Grundgesetzes entschieden gegen jede Form von Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung ein. Ein interkultureller und antirassistischer Odenwaldkreis lebt vom Miteinander, vom Dialog und von Orten der Begegnung. Wir wollen Projekte fördern, die Menschen zusammenbringen, kulturelle Vielfalt sichtbar machen und die demokratische Kultur stärken. Integration gelingt dort, wo Menschen sich begegnen, wo Vertrauen wachsen kann und wo Vielfalt als Bereicherung erlebt wird.

Unser Ziel ist ein Odenwaldkreis, in dem alle Menschen, egal woher sie kommen, in Sicherheit leben, ihre Chancen nutzen können und ein fester Teil der Gemeinschaft sind. Eine Gesellschaft, in der Vielfalt nicht trennt, sondern verbindet. Eine Gesellschaft, die niemanden zurücklässt und in der wir gemeinsam Verantwortung für eine gerechte, solidarische und lebenswerte Zukunft übernehmen.

9. Kapitel

Inklusion 2026 – Selbstbestimmt leben im Odenwaldkreis.

Inklusion ist für uns GRÜNE ein zentrales Leitprinzip einer gerechten und modernen Gesellschaft. Sie bedeutet, dass alle Menschen, unabhängig von körperlichen, geistigen oder psychischen Beeinträchtigungen, gleichberechtigt an allen Bereichen des Lebens teilhaben können. Inklusion setzt voraus, dass wir Barrieren abbauen, Diskriminierungen aktiv entgegenwirken und Strukturen schaffen, die niemanden ausschließen. Menschen mit Behinderungen sollen selbstverständlich und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben im Odenwaldkreis teilnehmen können – in der Schule, am Arbeitsplatz, im öffentlichen Raum, im kulturellen Leben und in der digitalen Welt.

Auch im Jahr 2026 bestehen im Odenwaldkreis noch immer bauliche, organisatorische und soziale Hürden, die Teilhabe erschweren. Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden, im Nahverkehr, in Sportanlagen, im Beherbergungs- und Gastronomiegewerbe sowie in Freizeiteinrichtungen ist vielerorts noch nicht selbstverständlich. Digitale Angebote sind nicht immer so gestaltet, dass sie für Menschen mit unterschiedlichen Einschränkungen nutzbar sind. Gleichzeitig fehlt es vielen Betroffenen an passenden Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Für uns ist klar: Inklusion darf nicht als freiwillige Zusatzleistung verstanden werden, sondern als eine grundlegende Verpflichtung, die alle Ebenen des Landkreises betrifft.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, ein umfassendes Inklusionskonzept für den Odenwaldkreis zu entwickeln, das alle Lebensbereiche im Blick hat und konkrete Maßnahmen und Ziele formuliert. Öffentliche Räume und Institutionen müssen so gestaltet sein, dass sie von Anfang an für alle Menschen nutzbar sind – von Kindertagesstätten und Schulen über Verwaltungsgebäude bis hin zu Schwimmbädern, Sportplätzen und Kulturorten. Auch im Wohnungsbau müssen barrierefreie Standards stärker verankert und entsprechende Wohnangebote gezielt gefördert werden, damit Menschen mit Behinderungen so unabhängig wie möglich wohnen können.

Inklusion ist jedoch weit mehr als die bauliche Gestaltung unseres Umfelds. Sie betrifft auch die Arbeitswelt. Menschen mit Beeinträchtigungen stoßen weiterhin auf Hürden bei der Ausbildung, der Arbeitsplatzsuche und der beruflichen

Kreiswahlprogrammmentwurf 2026 – Gemeinsam Zukunft gestalten.

Weiterentwicklung. Wir wollen Betriebe im Odenwaldkreis ermutigen und dabei unterstützen, Arbeitsplätze so zu gestalten, dass sie den Bedürfnissen unterschiedlicher Menschen gerecht werden. Der Kreis und seine Tochtergesellschaften sollen dabei eine klare Vorbildfunktion einnehmen – in der Beschäftigung, in der Qualifizierung und in der Förderung inklusiver Arbeitsbedingungen.

Darüber hinaus braucht es mehr Sichtbarkeit, mehr Begegnung und mehr Räume, in denen Vielfalt gelebt werden kann. Menschen mit Beeinträchtigungen sollen selbstverständlich an kulturellen, sportlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten teilnehmen können. Dazu gehört der Abbau finanzieller, organisatorischer und mentaler Barrieren ebenso wie die aktive Einbindung von Menschen mit unterschiedlichen Einschränkungen in Planung und Entscheidungsprozesse. Eine inklusive Gesellschaft gelingt nur, wenn diejenigen, um die es geht, selbst mitgestalten können.

Wir GRÜNE wollen, dass der Odenwaldkreis ein Ort ist, an dem alle Menschen, unabhängig von Einschränkungen, ihr Leben selbstbestimmt gestalten können, an dem Vielfalt respektiert wird und an dem niemand ausgeschlossen wird. Ein Odenwaldkreis, der Barrieren abbaut, Teilhabe ermöglicht und allen Menschen ein würdiges und freies Leben erlaubt.

19

10. Kapitel

Gutes, bezahlbares und adäquates Wohnen im Odenwaldkreis.

Der Zugang zu gutem, bezahlbarem und adäquatem Wohnraum ist ein Menschenrecht und ist somit auch Aufgabe der öffentlichen Hand. Wir fordern daher, dass der Odenwaldkreis seine bereits im Jahr 2022 beschlossene Wohnbaustrategie endlich umsetzt. Ein reines Abwälzen der Verantwortung auf die Odenwälder Städte und Gemeinden ist nicht zielführend. Der Odenwaldkreis setzt sich daher in Koordination mit den Städten und Gemeinden für die Gründung einer **kommunalen Gesellschaft für Wohnen und Wärme** ein. Ziel dieser Gesellschaft ist es, guten, bezahlbaren und adäquaten Wohnraum im Odenwaldkreis bereitzustellen.

Dafür liegt der Fokus darauf, den vielerorts leerstehenden Wohnraum im Odenwaldkreis wieder den Menschen zur Verfügung zu stellen. Durch



Kreiswahlprogrammmentwurf 2026 – Gemeinsam Zukunft gestalten.

Modernisierung und wo sinnvoll Umnutzung entsteht so **energetisch hochwertiger und guter Wohnraum**. Die Nutzung bestehender Strukturen hat für uns eine klare Priorität vor der Bebauung von Grünflächen in Siedlungsrandbereichen.

Durch das gepoolte Wissen in der Gesellschaft, die Nutzung von Fördermitteln und Bereithaltung eigenen Fachpersonals können Kosten gesenkt und **bezahlbarer Wohnraum** angeboten werden. Auch die Mittel des sozialen Wohnungsbaus sollen hierbei genutzt werden.

Modernisierung bedeutet auch, den Wohnraum an die Bedürfnisse der Bevölkerung anzupassen und durch maßvolle Innenverdichtung und Aufstockung das Angebot zu erhöhen. Insbesondere besteht ein Bedarf nach kleineren Wohneinheiten, aber auch innovative Konzepte wie flexible Grundrisse, Mehrgenerationenwohnen und andere Wohnprojekte wollen gezielt unterstützt werden. So entsteht für die Bevölkerung mehr **adäquater Wohnraum** im Odenwaldkreis.

Die kommunale Gesellschaft setzt weiterhin die auch für den Wohnraum essenzielle Wärmewende im Auftrag von und in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden um. Privateigentümer*innen werden durch ein gezieltes Beratungsangebot im produktiven Zusammenspiel mit den bestehenden Angeboten der Hessischen Landesenergieagentur unterstützt.

20

11. Kapitel

Moderne und wohnortnahe Gesundheitsversorgung im Odenwaldkreis.

Eine **verlässliche, qualitativ hochwertige und wohnortnahe Gesundheitsversorgung** ist für uns GRÜNE ein zentrales Element gleichwertiger Lebensverhältnisse im Odenwaldkreis. Wir wollen sicherstellen, dass alle Menschen, unabhängig vom Wohnort, Zugang zu moderner medizinischer Betreuung haben. Gerade der ländliche Raum steht angesichts des demografischen Wandels und des zunehmenden Fachkräftemangels vor großen Herausforderungen. Unsere Aufgabe ist es, die bestehenden Strukturen so weiterzuentwickeln, dass sie den Anforderungen der Zukunft gerecht werden und die Versorgung dauerhaft sichern.

Das Gesundheitszentrum Odenwaldkreis (GZO) nimmt dabei eine Schlüsselrolle ein. Als 100 % kommunale Einrichtung in Trägerschaft des Odenwaldkreises erfüllt es einen klaren öffentlichen Auftrag und bildet das medizinische Rückgrat der



Kreiswahlprogrammmentwurf 2026 – Gemeinsam Zukunft gestalten.

Region. Das GZO vereint stationäre, ambulante und pflegerische Angebote unter einem Dach und bietet eine wohnortnahe medizinische Versorgung, die weit über die reine Grundversorgung hinausgeht. Wir GRÜNE setzen uns deshalb ausdrücklich für seinen nachhaltigen Erhalt, seine Modernisierung und die Sicherung seiner öffentlichen Trägerschaft ein. Nur durch eine stabile kommunale Verantwortung können Transparenz, Gemeinwohlorientierung und eine langfristige Versorgungssicherheit gewährleistet bleiben.

Die laufende Krankenhausreform des Bundes bringt tiefgreifende strukturelle Veränderungen mit sich. Leistungskriterien, Qualitätsstandards und neue Finanzierungsmodelle werden die Krankenhauslandschaft der kommenden Jahre prägen. Wir GRÜNE begleiten diesen Prozess konstruktiv, aber mit klarer Haltung: Die Besonderheiten ländlicher Regionen wie des Odenwaldkreises müssen berücksichtigt werden. Krankenhäuser außerhalb der Ballungsräume benötigen verlässliche Rahmenbedingungen, Planungssicherheit und ausreichend finanzielle Unterstützung. Das Land Hessen trägt eine besondere Verantwortung, eine bedarfsgerechte Krankenhausplanung vorzulegen, die nicht auf Mindeststrukturen reduziert bleibt, sondern die tatsächlichen Anforderungen unserer Region widerspiegelt.

21

Um **eine hochwertige Versorgung auch in Zukunft** zu sichern, ist es entscheidend, ambulante und stationäre Angebote besser miteinander zu vernetzen. Wir unterstützen integrierte Versorgungsmodelle, die Zusammenarbeit zwischen Klinik, niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten, Pflegeeinrichtungen, Rettungsdiensten und sozialen Diensten fördern. Moderne digitale Anwendungen und telemedizinische Angebote sollen Wege verkürzen, Abläufe vereinfachen und die Versorgung im ländlichen Raum stärken. Die bestehenden regionalen Strukturen – wie die Gesundheitsversorgungskooperation Odenwald – bieten dafür wertvolle Grundlagen, die wir weiter stärken und ausbauen wollen.

Eine **gute Gesundheitsversorgung** gelingt jedoch nur mit gutem Personal. Wir GRÜNE setzen uns für attraktive Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen vor Ort ein, die Fachkräfte langfristig binden und neue motivieren. Dazu gehören verlässliche Dienstpläne, moderne Arbeitsumgebungen, hochwertige Ausbildungsmöglichkeiten und ein klares Bekenntnis zur Entlastung der Beschäftigten.

Unser Ziel ist eine stabile, moderne und gerechte Gesundheitsversorgung im Odenwaldkreis, die allen Menschen zugutekommt und auch in Zukunft trägt. Wir stehen verlässlich an der Seite des GZO und aller Akteurinnen und Akteure, die



Kreiswahlprogrammmentwurf 2026 – Gemeinsam Zukunft gestalten.

tagtäglich zur medizinischen Versorgung beitragen. Gemeinsam wollen wir ein Gesundheitssystem gestalten, das Qualität sichert, Nähe gewährleistet und die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stellt – getragen von einem starken, kommunalen Gesundheitszentrum, das der Region gehört und ihr dient.

12. Kapitel

Aktiv und selbstbestimmt im Alter.

Für viele ältere Menschen, gerade auch auf dem Land, ist es ein zentrales Anliegen, ihren Alltag möglichst lange selbstständig gestalten und in den eigenen vier Wänden verbringen zu können. Dinge, die für jüngere Menschen selbstverständlich erscheinen, erhalten für sie daher eine besondere Bedeutung: Wie komme ich zum Arzt? Wo befinden sich die nächsten Einkaufsmöglichkeiten? Wie oft fährt der Bus, wohin fährt er und wo liegt die nächste Haltestelle? Gibt es kulturelle Angebote für ältere Menschen oder Treffpunkte, an denen Jung und Alt zusammenkommen können? Und nicht zuletzt: Was kann ich mir mit meiner Rente überhaupt leisten?

Dabei ist es wichtig, den Blick auf ältere Menschen nicht auf Defizite zu reduzieren. Immer mehr Menschen werden gesund und aktiv alt. Sie sind eine Bereicherung für das gesellschaftliche Leben, engagieren sich in Vereinen und ermöglichen durch ihr freiwilliges Engagement viele Angebote überhaupt erst. Menschen, die in den Ruhestand gehen, verfügen zudem über ein hohes Potenzial an Fähigkeiten und Kompetenzen, das es zu nutzen gilt.

Gleichzeitig brauchen wir Orte der Begegnung, an denen Menschen unterschiedlichen Alters und verschiedener Nationalitäten zusammenkommen können – gerade auch für Menschen mit geringem Einkommen. Ein barrierefreier, verlässlicher und bezahlbarer öffentlicher Nahverkehr wird dabei immer wichtiger, besonders für die Lebensqualität im ländlichen Raum.

Schlusswort

Unsere Ziele – Klimaschutz, Mobilität, Bildung, soziale Gerechtigkeit – dürfen nicht nur auf dem Papier stehen. Sie müssen sich im Haushalt widerspiegeln. Denn dort wird entschieden, wie gut unsere Kitas ausgestattet sind, wie modern unsere Schulen werden und wie konsequent wir in den Klimaschutz investieren. Wir GRÜNE stehen für eine Finanzpolitik, die Zukunft sichert statt Probleme verschiebt. Jeder Euro muss wirken – für die Menschen, für die Natur, für morgen.

Damit das gelingt, brauchen wir faire Rahmenbedingungen. Land und Bund müssen die Kommunen endlich verlässlich unterstützen und die Mittel bereitstellen, die für die großen Aufgaben notwendig sind. Gleichzeitig müssen wir aber auch vor Ort alles für eine zuverlässige Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge tun. Wir kämpfen dafür, dass der Odenwaldkreis handlungsfähig bleibt – mit soliden Finanzen und klaren Prioritäten für eine lebenswerte Zukunft.

23

Unsere Botschaft ist klar: Wir investieren in das, was zählt. In Klimaschutz, in Bildung, in soziale Sicherheit. Wir setzen auf langfristige Nachhaltigkeit statt auf kurzfristige Lösungen. Wir wollen einen Odenwaldkreis, der stark ist, gerecht ist und zukunftsfähig bleibt – für alle Menschen, die hier leben.

Gemeinsam machen wir den Unterschied. Für den Odenwald. Für morgen.